



Jahresbericht Sucht 2014/2015

Situation und Massnahmen im Suchtbereich

Berichtsperiode vom 1. April 2014 bis 31. März 2015

Foto: <http://www.figuren.miniatures.de/>

Herausgeberin: Direktion für Bildung, Soziales und Sport, Koordinationsstelle Sucht, Predigergasse 5,
Postfach 275, 3000 Bern 7, Telefon 031 321 72 85, Fax 031 321 72 78, bss@bern.ch,
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss | **Bern, XX. Juni 2015**

Inhalt

Vorwort von Gemeinderätin Franziska Teuscher	4
1 Einleitung	5
2 Situation im Suchtbereich in der Stadt Bern	6
2.1 Suchtmittelkonsum und Suchtverhalten	6
2.2 Suchtproblematik im öffentlichen Raum	7
2.3 Zusammenfassend	8
3 Suchthilfeangebote	9
3.1 Prävention	9
3.2 Schadensminderung	10
3.3 Behandlung / Beratung	11
3.4 Repression / Regulierung	13
3.5 Weitere: Ambulante Abklärungs- und Vermittlungsaktionen (AAV), Citypflege/Spritzentelefon, PINTO	14
3.6 Zusammenfassend	15
4 Koordination und Projekte	16
4.1 Koordination	16
4.2 Projekte	16
4.3 Kostenaufstellung Suchthilfeangebote	18
5 Fazit / Ausblick	20

Vorwort von Gemeinderätin Franziska Teuscher



Eine Gesellschaft wird unter anderem an ihrem Umgang mit Sucht und Suchtmitteln gemessen. Was heisst das für die Stadt Bern? - Die Probleme rund um den Konsum und Handel von Suchtmitteln im öffentlichen Raum sind in Bern seit einigen Jahren auf tiefem Niveau stabil. Die Anzahl drogen- oder alkoholabhängige Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, hat sich auf ein Mass eingependelt, das ich für eine Stadt der Grösse Berns als stadtverträglich ansehe. Dieser «Erfolg» ist nicht einfach ein Geschenk des Himmels. Es ist das Resultat hart erkämpfter Massnahmen und das Ergebnis der mittlerweile etablierten Zusammenarbeit und Kooperationsbereitschaft von Politik, Öffentlichkeit, Verwaltung und Fachinstitutionen. Daran wollen und müssen wir festhalten.

Optimistisch stimmt mich auch, dass bei den 11-15 jährigen Jugendlichen gesamtschweizerisch der Konsum von psychoaktiven Substanzen im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen hat. Gemäss der schweizerischen Schülerinnen- und Schülerbefragung 2014 sind insbesondere im Bereich Alkohol und Tabak die tiefsten Zahlen bezüglich Konsum seit 1986 zu verzeichnen. Hier will und werde ich alles daran setzen, dass diese erfreuliche Entwicklung nicht bloss ein Zwischenerfolg war, sondern sich weiter fortsetzt.

Hingegen scheint sich bei der Bevölkerungsgruppe der jungen Erwachsenen und Erwachsenen die Problematik des übermässigen Wochenend-Alkoholkonsums keineswegs entschärft zu haben. Das sogenannte „Rauschtrinken“ hat bei den über 15-Jährigen seit 2011 wieder zugenommen. Die Stadt muss, gemeinsam mit Kanton und Bund, neue griffigere Massnahmen umsetzen, um auch hier Fortschritte zu erzielen. Ich würde es daher sehr bedauern, wenn auf nationaler Ebene die Gelegenheit ungenutzt verstreichen würde, im Zuge der Totalrevision des Alkoholgesetzes Instrumente für den Jugend- und Gesundheitsschutz zu verankern. Zumal deren Effektivität und Effizienz wissenschaftlich belegt ist.

Anders bei Cannabis: Hier befürworte ich – wie übrigens auch der Berner Stadtrat – eine liberalere Regulierung. Weil die derzeitige Regelung eine reine Scheinheiligkeit ist. Weil eine effektive Prävention nur so möglich ist. Weil heute ein paar Wenige aus dem Pseudoverbot und dem Schwarzmarkt profitieren. Die seitens verschiedener Schweizer und Berner Städte vorgeschlagenen Pilotversuche sind meines Erachtens ein sinnvoller Weg aus der aktuellen Sackgasse. Mit einem Pilotprojekt können in einem klar abgesteckten Rahmen die Vor- und Nachteile eines liberaleren Regulierungsmodells geprüft werden. Diese Gelegenheit wollen wir nutzen.

Franziska Teuscher

Direktorin für Bildung, Soziales und Sport

1 Einleitung

Der Jahresbericht Sucht 2014/2015 gibt Auskunft über Entwicklungen im Bereich Sucht in der Stadt Bern innerhalb der Berichtsperiode (1. April 2014 bis 31. März 2015). Er stützt sich auf Informationen und Angaben verschiedener städtischer Stellen, Suchthilfeeinrichtungen in der Stadt und Region Bern, der Kantonspolizei, der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern sowie auf Studien zum Thema Suchtmittelkonsum und Gesundheitsverhalten.

2 Situation im Suchtbereich in der Stadt Bern

2.1 Suchtmittelkonsum und Suchtverhalten

2.1.1 Kinder und Jugendliche

In der Stadt Bern wird anlässlich der schulärztlichen Untersuchungen in der 8. Klasse nach dem Konsumverhalten bezüglich Alkohol, Tabak und Cannabis gefragt. Im Schuljahr 2013/14 haben 94.9% der Schülerinnen und Schüler in der Stadt Bern angegeben, keine dieser Substanzen zu konsumieren (Schuljahr 2012/13: 92.5%). Damit hat die Gruppe der Nichtkonsumentinnen und Nichtkonsumenten weiter zugenommen (Schuljahr 2008/2009: 83,6%).

Auch ist der Konsum von Nikotin und Alkohol insgesamt in den letzten drei Erhebungsjahren gesunken. Von den Jugendlichen der 8. Klasse, die einen Substanzkonsum angegeben haben, wurde am häufigsten Nikotin konsumiert. 3.1% rauchten im Schuljahr 2013/14 täglich oder mindestens 1 Paket Zigaretten pro Woche (2012/13: 4,75%). Beim Alkoholkonsum hat sich der Anteil der mindestens wöchentlich Konsumierenden über diese Zeitspanne sogar halbiert von 2,1% im Schuljahr 2011/2012 auf 1.2%. Das Rauschtrinken ist in dieser Altersgruppe selten und liegt wie im letzten Berichtsjahr bei 0.5%. Im Schuljahr 2013/14 konsumierten 2.5% der Jugendlichen mehr als einmal pro Monat Cannabis (2012/13: 3,3%).

Die Abnahme des Suchtmittelkonsums bei den Schülerinnen und Schülern der 8. Klassen entspricht einem schweizweiten Trend. Die Resultate der von Sucht Schweiz veröffentlichten Studie "Health Behaviour in School-aged Children" (HBSC) zum Substanzkonsum bei Schülerinnen und Schülern im Jahr 2014¹ zeigen auf, dass der Alkohol- und Tabakkonsum bei 11- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern zwischen 2010 und 2014 deutlich abgenommen hat. Trotz Rückgängen im Jahr 2014 sei der Konsum psychoaktiver Substanzen bei 11- bis 15-jährigen Jugendlichen in der Schweiz nach wie vor weit verbreitet. Es gelinge immer noch vielen Schülerinnen und Schülern, über Bekannte oder in Läden, Bars, etc. Alkohol und Zigaretten zu erhalten.

Bei älteren Jugendlichen kann insbesondere bezüglich Rauschtrinken von keiner Abnahme gesprochen werden. Gemäss Sanitätspolizei Bern wurden im 2014 im gesamten Einsatzgebiet insgesamt 852 Personen (2013: 847 Personen) in Zusammenhang mit Alkoholkonsum ins Spital eingewiesen. Die Einweisungen Minderjähriger haben in den letzten beiden Jahren zugenommen. Von allen Spitaleinweisungen betrafen 60 Einweisungen Minderjährige (2013: 51 Personen, 2012: 48).

2.1.2 Erwachsene

Spezifische Erhebungen zum Konsumverhalten der erwachsenen Bevölkerung in der Stadt Bern werden nicht durchgeführt. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich das Konsum-

¹ Marmet, S., Archimi, A., Windlin, B., & Delgrande Jordan, M. (2015). Substanzkonsum bei Schülerinnen und Schülern in der Schweiz im Jahr 2014 und Trend seit 1986 - Resultate der Studie "Health Behaviour in School-aged Children" (HBSC) (Forschungsbericht Nr. 75). Lausanne: Sucht Schweiz.

verhalten der Stadtberner Bevölkerung von den vom Bundesamt für Gesundheit erfassten schweizweiten Tendenzen im Rahmen des Suchtmonitoring Schweiz nicht unterscheidet.

Gemäss Suchtmonitoring Schweiz vom Oktober 2014² tranken sich im 2013 gut ein Fünftel (21.1%) der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren mindestens einmal im Monat in den Rausch. 3,9% der Bevölkerung konsumierten chronisch risikoreich Alkohol. Das Rauschtrinken nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht zu, während der chronisch risikoreiche Alkoholkonsum vor allem bei Frauen rückläufig war. Der Tabakkonsum war 2013 leicht rückläufig und befindet sich wieder auf dem Niveau von 2011, d.h. bei 25,0%. Der Konsum illegaler Drogen ist seit Start der Erhebungen 2011 stabil: 5,7% der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren konsumierten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung zumindest einmal Cannabis, weniger als 1% der Bevölkerung haben in den letzten 12 Monaten schon einmal Kokain (0,5%), Heroin (0,1%) oder weitere illegale Substanzen (z.B. Ecstasy, LSD, Speed) konsumiert.

2.2 Suchtproblematik im öffentlichen Raum

2.2.1 Drogen- / Alkoholszene

Auch im aktuellen Berichtsjahr blieb die Anzahl Drogenabhängiger, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, stabil. Laut Kantonspolizei kann die Situation als gut bezeichnet werden. Es kam nur vereinzelt zu Ansammlungen von zwei bis vier Suchtkranken. Grössere Ansammlungen im öffentlichen Raum konnten durch die Präsenz von PINTO und der Kantonspolizei oder mittels Fernhalteverfügungen verhindert werden.

Beim Hauptbahnhof, insbesondere im Bereich des Baldachins, hielt sich zeitweise eine grössere Gruppe von alkoholabhängigen Personen auf. Dies führte auch zu Beschwerden aus der Bevölkerung. Die Zunahme war auf den Umbau der Heiliggeistkirche und den damit fehlenden Aufenthaltsmöglichkeiten auf den diversen Treppen zurückzuführen. Durch regelmässige Präsenz von PINTO konnte die Situation entschärft werden.

Die mehrheitlich ruhige Lage in der Innenstadt erlaubte es PINTO, an Brennpunkten Ressourcen für die präventive Arbeit einzusetzen und damit allfälliger Szenebildung vorzubeugen.

2.2.2 Party / Ausgang

Die Kantonspolizei traf vor allem an den Wochenenden bereits in den frühen Abendstunden Gruppen von jungen Menschen an, die Alkohol, insbesondere auch hochprozentige Alkoholika, konsumierten. Nach wie vor war die Aarberggasse eine der wichtigsten Örtlichkeiten im Berner Nachtleben. Auch hielten sich im Gebiet des Hauptbahnhofs, auf dem Vorplatz der Reitschule oder im Gebiet der Bundesterrasse und der Kleinen Schanze an den Wochenenden viele, vorwiegend junge, Menschen auf und konsumierten Alkohol.

Bei der Begehung von Delikten wie Sachbeschädigungen oder Tötlichkeiten und bei Gruppindelikten spielte gemäss Kantonspolizei der Konsum von Alkohol weiterhin eine Rolle. Dies sei

² Gmel G., Kuendig H., Notari L., Gmel C. (2014). Suchtmonitoring Schweiz - Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen in der Schweiz im Jahr 2013. Sucht Schweiz, Lausanne, Schweiz

sowohl auf die einfache Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken als auch auf das veränderte Ausgehverhalten zurückzuführen.

2.3 Zusammenfassend

Der Konsum von psychoaktiven Substanzen ist über die ganze Bevölkerung gesehen im vergangenen Berichtsjahr mehrheitlich stabil geblieben. Bei den 11-15 jährigen Jugendlichen hat der Konsum von psychoaktiven Substanzen im Vergleich zu den Vorjahren leicht abgenommen. Bei den älteren Bevölkerungsgruppen, insbesondere bei den jungen Erwachsenen, hat das Rauschtrinken seit 2011 zugenommen. Hier müssen die Anstrengungen in der Prävention beibehalten und insbesondere im Bereich der Verhältnisprävention wie beispielsweise Erhältlichkeit und Preis verstärkt werden.

Die Suchtproblematik im öffentlichen Raum war auch im vergangenen Berichtsjahr stabil und bewegte sich in einem stadtverträglichen Rahmen. Es hielten sich nur wenige alkohol- oder drogenabhängige Menschen dauerhaft im öffentlichen Raum auf. Trotzdem sind die Anstrengungen in den Bereichen Schadensminderung und Repression weiterzuführen und weiterzuentwickeln, damit diese stabile Situation beibehalten oder verbessert werden kann.

3 Suchthilfeangebote

3.1 Prävention

In der Stadt Bern sind verschiedene städtische, kantonale und private Institutionen im Bereich Prävention, Früherfassung und Gesundheitsförderung tätig. Hauptsächlich sind dies der städtische Gesundheitsdienst, die Stiftung Berner Gesundheit, das Blaue Kreuz und die Kantonspolizei.

Der **Gesundheitsdienst der Stadt Bern** führte im Schuljahr 2014/15 gesundheitsfördernde und präventive Angebote auf verschiedenen Wirkungsebenen durch. In der generellen, unspezifischen Prävention und Ressourcenstärkung waren es die Aktivitäten des Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen, die Angebote zur Stärkung der Selbstwirksamkeit („Du seisch wo düre“ für die 8. sowie 9. Schulklassen und „zWäg!“ für Jugendliche im berufsvorbereitenden Schuljahr der BFF), das Programm „Znüni-Box“ für die Kindergärten und Unterstufenklassen und neu die „Schulhaus-Znünis mit Elternmitwirkung“ für die 1. bis 6. Klasse. Suchtspezifische Präventionsprojekte wurden aufgrund einer temporären Sparmassnahme im Schuljahr 2014/15 weder in den Schulen noch für die Eltern angeboten. In der Früherfassung von Suchtproblemen leisten Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Schulärztinnen und Schulärzte mit individuellen Beratungen oder Gesprächen sowie mit Klasseninterventionen wichtige Beiträge.

Die **Berner Gesundheit** vermerkte auch im Berichtsjahr eine hohe Nachfrage nach Präventionsdienstleistungen in der Stadt und Region Bern. Die am häufigsten nachgefragten Themen waren Neue Medien, Suchtprävention allgemein sowie Prävention von Mobbing/Gewalt. In der Stadt Bern wurden zudem im 2014 verschiedene Aktivitäten durch- bzw. weitergeführt: Unter dem Namen «Pa-paRat: Gestärkte Väter - gesunde Kinder» wurden für das Präventionsangebot für Väter mit Migrationshintergrund 11 Moderatoren aus Aserbaidschan, Somalia, Sri Lanka, Eritrea, Portugal, Spanien, Türkei und Togo akquiriert. In Zusammenarbeit mit Sucht Schweiz wurde das Projekt „slackline“, ein suchtpreventives Kursangebot für alleinerziehende Mütter und Väter, entwickelt. Das in Zusammenarbeit mit Spital Netz Bern entwickelte Konzept „Signal A“ zur Früherkennung und Frühintervention von problematischem Alkoholkonsum bei Spitalpatientinnen und -patienten wurde von der Lindenhofgruppe adaptiert. Die Schulungen für die Fachmitarbeitenden der Pflege starteten im 2014.

Das **Blaue Kreuz** führte im Bereich Gesundheitsförderung/Prävention im Berichtsjahr insgesamt 19 Veranstaltungen (2013: 5 Veranstaltungen) in der Stadt Bern durch. Weiterhin mit zwei Gruppen wurde in Bern das Angebot roundabout (Streetdance-Netzwerk für junge Frauen von 12-20 und Mädchen von 8-11) geführt. Die mobile alkoholfreie Blue Cocktail Bar konnte in der Stadt Bern im Berichtsjahr 7 Mixkurse anbieten und leistete 9 Bareinsätze.

Die Präventionsstelle der **Kantonspolizei/** Region Bern führte im vergangenen Jahr erneut rund 150 Beratungen und Schulungen, aber auch zahlreiche Vorträge und Aktionen zu den Themen Gewalt, Suchtmittel und digitale Medien durch. Bei Anlässen, insbesondere bei Sportanlässen, war die Präventionsstelle der Kantonspolizei mit Standaktionen zu Suchtmittelkonsum und Gewalt präsent. Mit rund 50 Führungen ermöglichte die Kantonspolizei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, einen Blick hinter die Kulissen der Kantonspolizei zu werfen.

Ausserdem wurden viele Schulklassen im Kanton Bern zusammen mit Vernetzungspartnern in den Bereichen Vandalismus, Suchtmittelkonsum, Littering, Unfallverhütung und faires Verhalten im öffentlichen Raum geschult.

3.2 Schadensminderung

3.2.1 Aufenthaltsräume /Treffpunkte: Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige, LaStrada, La Gare, Azzurro, Aufenthaltsraum Postgasse

Die **Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige** (K+A) war im Berichtsjahr gut frequentiert, mit einer Auslastung von 95% (2013: 90%) jedoch nicht überlastet. Es mussten keine Einlassregulierungen vorgenommen werden. Die im Vergleich zum Vorjahr höhere Auslastung ist unter anderem auf die längere Anwesenheit der Besucherinnen und Besucher in der K+A zurückzuführen. Insgesamt waren im 2014 777 Personen (2013: 817 Personen) als Besucherinnen und Besucher der K+A registriert, davon waren 34 Personen (2013: 48 Personen) unter 25-jährig und erhielten eine Bezugsperson aus dem Team zugeteilt. Der Anteil der Erfassten mit Wohnsitz in der Stadt Bern liegt unverändert bei 43%.

Die im 2013 vorgenommene Erhöhung der Anzahl Raucherplätze von sechs auf acht Plätze hat sich bewährt. Mittlerweile werden täglich durchschnittlich praktisch gleichviele intravenöse wie inhalative Konsumationen getätigt. Aus Sicht der Gesundheitsförderung ist diese Tendenz positiv, sind doch die gesundheitlichen Risiken beim inhalativen Konsum geringer. Die Rücklaufquote im Spritzentausch hat sich im Berichtsjahr auf 82% erhöht (2013: 80%).

Der **La Strada-Bus**, die mobile Anlaufstelle für drogenabhängige Sexarbeiterinnen, war auch im Berichtsjahr gut besucht (113 verschiedene Besucherinnen; Vorjahr 99). Pro Schicht besuchten durchschnittlich 24 Frauen (Vorjahr 23) den Bus. Unter dem Titel «unter dem Strich» organisierte La Strada mit dem Team Don Juan der Aids Hilfe Bern im August direkt neben der Strichzone eine dreitägige Aktion. Mit Sexarbeiterinnen, Freiern und Passanten wurden Gespräche zu unterschiedlichen Themen rund um die Sexarbeit geführt.

Der **Aufenthaltsraum für Alkoholabhängige „La Gare“** auf der Parkterrasse beim Bahnhof funktionierte sowohl innerbetrieblich wie auch für die Umgebung problemlos. Die Anzahl Besucherinnen und Besucher war in der Berichtsperiode konstant hoch. Durchschnittlich frequentierten täglich zwischen 25 bis 30 Personen das „La Gare“, was den Werten aus den vorangehenden Jahren entspricht.

Der alkoholfreie, niederschwellige **Treffpunkt Azzurro** des Blauen Kreuzes wurde im 2014 von rund 5'616 Personen besucht. Dies entspricht einer Zunahme von knapp 6% gegenüber dem Vorjahr(2013: 5'319). Der Treffpunkt ist in der Regel an fünf Nachmittagen und vier Abenden pro Woche offen. Im 2014 war er zusätzlich an sieben Feiertagen geöffnet. Der Treffpunkt steht allen Interessierten offen, richtet sich aber speziell an Menschen, die Schwierigkeiten im Umgang mit Alkohol und/oder psychische Problemen haben. sowie an Menschen, die soziale Integration suchen.

Der **Aufenthaltsraum Postgasse** der Heilsarmee zählte im 2014 18'660 Besuche an 278 Tagen (2013: 17'333 Besuche an 281 Tagen). Ungefähr die Hälfte der Gäste ist abhängig von zumeist illegalen Suchtmitteln. Täglich besuchten fast 70 Personen (2013: 60 Personen) den Aufenthaltsraum.

3.2.2 Wohnangebote

In den verschiedenen Wohnangeboten in der Stadt Bern standen unverändert knapp 290 Betten zur Verfügung, davon waren 56 Betten (Vorjahr: 54 Betten) ausschliesslich für Drogenabhängige reserviert. Die Angebote waren im Berichtsjahr gut bis sehr gut ausgelastet.

Gemäss der Fachstelle Suchthilfe des Sozialdienstes ist die Wohnungssituation ihrer Klientinnen und Klienten nach wie vor ein zentrales Problem. Insbesondere die Anzahl Wohnungen für das Begleitete Wohnen ist zu knapp. Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt führt dazu, dass die Klientinnen und Klienten der Fachstelle grösste Schwierigkeiten haben, eine eigene Wohnung zu finden, die auch den Richtlinien des Sozialdienstes entspricht.

PINTO setzte 2014 im Bereich Obdachlosigkeit einen Schwerpunkt. Bei der Arbeit mit randständigen Personen wurden nebst der Kontakt- und Vermittlungstätigkeit in Notschlaf- und Wohninstitutionen im Winter wöchentlich spezielle Obdachlospatrouillen durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl obdachloser Menschen etwas an, blieb aber mit maximal 20 Personen im Vergleich zu anderen Städte relativ klein.

3.2.3 Arbeitsangebote

Arbeitsangebote ausschliesslich für Menschen mit Suchtproblemen werden in der Stadt Bern von der Stiftung Contact Netz und dem Blauen Kreuz angeboten.

Die Arbeitsangebote des **Contact Netz** waren im 2014 in der Region Bern nicht vollständig ausgelastet. Vor allem im ersten Halbjahr musste ein deutlicher Rückgang in der Nachfrage nach Arbeitsplätzen verzeichnet werden. Dieser war auf die ab 2014 von Fr. 300.00 auf Fr. 100.00 gekürzten monatlichen Integrationszulagen in der Sozialhilfe zurückzuführen. In der zweiten Jahreshälfte konnte dieser Rückgang wieder etwas aufgefangen werden. Von den Klientinnen und Klienten wurden im 2014 55'745 Arbeitsstunden (2013: 61'475) geleistet. Dabei waren rund 48,2 Personen täglich beschäftigt (2013: 50,5 täglich beschäftigte Personen).

Das **Blaue Kreuz Bern** bietet in verschiedenen Bereichen Arbeitsplätze in der Stadt Bern an. Nebst 15 niederschweligen Beschäftigungsplätzen an zwei Nachmittagen im Treffpunkt Azzurro wurden 2014 auch 28 teilweise begleitete Arbeitsintegrationsplätze im Treffpunkt Azzurro und in unterschiedlichen Branchen (Profit- und Nonprofitbereich) zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsintegrationsplätze des Blauen Kreuzes waren in der Berichtsperiode insgesamt gut ausgelastet.

3.3 Behandlung / Beratung

3.3.1 Fachstelle Suchthilfe des Sozialdienstes

Seit 2012 ist die Fachstelle Suchthilfe des Sozialdienstes für die Beratung und Betreuung von Sozialhilfe beziehenden Personen mit einer Drogen-, Alkohol- und/oder Medikamentenabhängigkeit zuständig, sofern sich die Suchterkrankung integrationshemmend in Bezug auf den ersten Arbeitsmarkt auswirkt. Die meisten Klientinnen und Klienten der Fachstelle waren im Berichtsjahr Personen mit Mehrfachabhängigkeiten (v.a. Heroin, Kokain, Alkohol, Medikamente). Ungefähr 22% (2013: 20%) der Klientinnen und Klienten der Fachstelle hatten primär Probleme mit Alkohol und/oder Medikamenten.

Im 2014 war die Fachstelle Suchthilfe für 350 Dossiers zuständig (2013: 341 Dossiers). Die Mehrheit der Klientinnen und Klienten lebte in verhältnismässig stabilen Verhältnissen, d.h. ein Obdach war gewährleistet, die medizinische Versorgung garantiert und eine geordnete Tagesstruktur vorhanden. Die Lebenssituation einer Minderheit der Klientinnen und Klienten war instabil, chaotisch und von hohem Substanzkonsum gekennzeichnet.

Im 2014 konnte die Fachstelle Suchthilfe 32 Klientinnen und Klienten ablösen (2013: 20): 7 Personen fanden eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt mit einem existenzsichernden Einkommen, 2 Personen wurde eine Invalidenrente zugesprochen, 1 Person erhielt einen AHV-Vorbezug und 22 Personen wurden an andere Gemeinden oder an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz übertragen. 10 Personen sind im Berichtsjahr verstorben (2013: 5).

3.3.2 Ambulante Beratung und Therapie (inkl. Substitution)

Ambulante Suchtberatung und -behandlung wurden während der Berichtsperiode in der Stadt Bern u.a. von den Stiftungen Berner Gesundheit und Contact Netz sowie vom Blauen Kreuz angeboten. Im Vordergrund standen im Berichtsjahr insbesondere die von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern 2013 beschlossene Integration der Fachstelle für Jugend, Eltern und Sucht des Contact Netz in die Beratungs- und Therapieangebote der Berner Gesundheit.

In den Beratungs- und Therapieangeboten der **Berner Gesundheit** konnte der hohe Leistungsnachweis trotz den strukturellen Veränderungen beibehalten werden. Zu leichten Veränderungen kam es in Bezug auf die Hauptproblemsubstanzen: Alkohol nahm als Hauptproblemsubstanz bei Eintritt von 68% im 2013 auf 58 % im 2014 ab. Hingegen nahm die Anzahl Anfragen nach Beratungen zu Cannabis und anderen illegalen Substanzen (2014: 19%, 2013: 11,8%), zu Neuen Medien (2014: 4%, 2013: 2%) und zu Essstörungen (2014: 6%, 2013: 5%) zu.

Die Fachstelle für Jugend, Eltern und Sucht des **Contact Netz Bern** hat im 2014 mit 736 Beratungen erneut mehr Fälle bearbeitet als im Vorjahr (2013: 667). Die Zuweisungen durch die Jugendanwaltschaft ging um fast einen Drittel auf 118 zurück (2013: 171), wobei diese Zuweisungen seit jeher hohen Schwankungen unterliegen. 55% der Klientinnen und Klienten sind 15- bis 19-jährig. Hauptproblemsubstanz dieser Altersgruppe war in 63% der Fälle Cannabis.

Im September 2014 eröffnete das Team Rave it Safe des Contact Netz in der Stadt Bern das Drogeninfo Bern Plus (DIB+). DIB+ ist eine Kontaktstelle für Konsumierende von Party- und Freizeitdrogen, die Informationsvermittlung und Beratung sowie chemische Substanzenanalysen (Drug Checking) anbietet. Das Drug Checking ist an eine persönliche Beratung gekoppelt. Seit Eröffnung des Angebots haben bisher rund 180 Personen DIB+ besucht und sowohl Beratung als auch das Drug Checking in Anspruch genommen. Die Mehrzahl der Besuchenden ist männlich und im Schnitt 18-25 Jahre alt. Daneben war das Team Rave it Save im 2014 mit 20 Einsätzen (2013: 18) an Partys im Kanton Bern präsent (18 in der Stadt Bern), mit dem Ziel, mit Partygängerinnen und Partygängern über Konsumverhalten und Safer Use zu sprechen.

Die Beratungs- und Therapieangebote der Fachstelle für Alkohol- und Suchtprobleme des **Blauen Kreuzes** waren in der Berichtsperiode gut ausgelastet. Die Problemlagen der Menschen, welche die Beratungsstelle aufsuchten, waren äusserst komplex und vielschichtig. Oft waren auch bereits weitere Personen und Institutionen involviert. 59% (Vorjahr 62%) der beratenen Personen hatten eigene Suchtprobleme, 41% suchten die Beratungsstelle wegen Suchtprobleme von Drittpersonen (PartnerIn, Eltern, Kinder, usw.) auf.

In der **heroingestützten Behandlung KODA** waren die 220 Behandlungsplätze im 2014 zu 95% (Vorjahr 96%) ausgelastet. Das Durchschnittsalter der Patientinnen und Patienten der heroingestützten Behandlung ist weiter angestiegen. Nur noch 8% der Patientinnen und Patienten sind jünger als 30 Jahre. Mit steigendem Alter der KODA-Patientinnen und Patienten nehmen die schweren somatischen Erkrankungen (hauptsächlich Lebererkrankungen, HIV, chronische Lungenerkrankungen und Osteoporose) zu, die teilweise eine stationäre Behandlung nach sich ziehen. Im 2014 befanden sich durchschnittlich fast immer 10 Personen länger in einer stationären Behandlung, weil ihr Gesundheitszustand keine ambulante Betreuung mehr zulies.

Das **Zentrum für ambulante Suchtbehandlung (ZAS)** war im 2014 mit 107% sehr gut ausgelastet (2013: 97%). Trotz der hohen Auslastung konnten neue Patientinnen und Patienten in Notfällen rasch aufgenommen werden. Neben Methadon und Subutex setzt das ZAS seit 2013 neu auch das Morphinpräparat Sevre-Long® in der Substitutionsbehandlung ein. Die Anzahl Patientinnen und Patienten, die mit diesem Präparat substituiert wurden, hat sich im 2014 verdoppelt. Das Medikament bietet Vorteile in der höheren Verträglichkeit und besseren Wirkung im Vergleich zu Subutex.

3.3.3 Stationäre Behandlung

Stationäre Behandlung im Sinne von stationärer Sozialtherapie sowie stationären Entzugs- oder Entwöhnungsbehandlungen durch Suchtfachkliniken werden in der Stadt Bern durch suchttherapiebärn (Sozialtherapie) sowie die Universitären Psychiatrischen Dienste UPD (Entzug) angeboten. Weitere Angebote bestehen in der Region oder im Kanton Bern. Diese sind: Chly Linde, Stiftung Terra Vecchia und Projekt Alp sowie die Kliniken Selhofen, Südhang und Wysshölzli. Die Steuerung der stationären Angebote obliegt der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.

3.4 Repression / Regulierung

3.4.1 Drogenhandel / Drogenkonsum

Die Kantonspolizei analysiert die Sicherheitslage in der Stadt Bern laufend. Neben den eigenen Feststellungen, den Rückmeldungen aus Politik und Informationen aus den städtischen Sitzungen sind die Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen wichtige Indikatoren für die polizeilichen Präventions- und Repressionstätigkeiten. Daraus werden Wochenschwerpunkte für die ganze Region Bern festgelegt sowie spezielle Aktionen geplant und durchgeführt.

Gemäss Kantonspolizei verteilte sich der *Kokainhandel* teilweise bis in die umliegenden Gemeinden. Die Anzahl mehrheitlich aus Afrika stammender Dealender variierte sehr stark. Die Qualität des beschlagnahmten Kokains hat sich verschlechtert. Auch der *Heroinhandel* hat sich vermehrt von der Innenstadt in die Agglomeration verlagert. Die Dealenden stammten mehrheitlich aus den Balkan-Ländern. Der Preis und die Qualität des Heroins haben sich seit der letzten Berichtsperiode nicht verändert.

Der *Drogenkonsum* im öffentlichen Raum ist seit einiger Zeit rückläufig. Seitens Kantonspolizei und PINTO wurden nur wenige Drogenabhängige angetroffen, die im öffentlichen Raum ihre Substanzen konsumierten. Die Interventionen von PINTO, die Drogenkonsum oder Deal betrafen, waren mit total 1611 Interventionen (2013: 1757) leicht rückläufig.

3.4.2 Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen

Die Orts- und Gewerbebehörde des Polizeinspektorats der Stadt Bern hat im 2014 383 Betriebe wie Kioske, Detailhandelsgeschäfte, Restaurants und Veranstaltungen überwacht (2013: 333 Betriebe und Veranstaltungen). Dabei wurden 285 Jugendliche beim Kauf kontrolliert. Es wurden 115 Verstösse (2013: 139 Verstösse) gegen die Jugendschutzbestimmungen festgestellt, welche bei der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht wurden.

Im Auftrag der Orts- und Gewerbebehörde hat zudem das Blaue Kreuz in der Berichtsperiode 34 Alkoholtestkäufe durchgeführt. Bei 8 Betrieben wurde den Testpersonen, welche das Mindestalter noch nicht erreicht hatten, Alkohol und Tabak verkauft. Der Anteil der fehlbaren Betriebe ist damit im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken (2014: 23,5%; 2013: 27,5%). Die Orts- und Gewerbebehörde beantragte beim Regierungsstatthalteramt Verwaltungszwangsmassnahmen (Betriebsschliessung bzw. Einschränkung des Sortiments) gegen 5 fehlbare Betriebsverantwortliche (Vorjahr 7), welche *wiederholt* Alkoholika oder Tabak an Minderjährige verkauft hatten.

Die Orts- und Gewerbebehörde hat wiederum mit gezielten wiederkehrenden Aktionen die Situation in der Post Finance Arena sowie im Stade de Suisse Wankdorf Bern hinsichtlich dem Verkauf von alkoholischen Getränken an Minderjährige überwacht. Die Situation war unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen gut.

3.5 Weitere: Ambulante Abklärungs- und Vermittlungsaktionen (AAV), Citypflege/Spritzentelefon, PINTO

3.5.1 Ambulante Abklärungs- und Rückführungsaktionen (AAV)

Im Rahmen der Ambulante Abklärungs- und Rückführungsaktionen (AAV- Aktionen) wurden in den letzten Jahren immer weniger Drogenabhängige aufgegriffen. Die AAV-Aktionen wurden deshalb im 2014 überprüft.

Der ursprüngliche Auftrag der 1997 eingeführten AAV-Aktionen war, die Situation der betroffenen Drogenabhängigen abzuklären und ihnen adäquate Hilfeangebote, insbesondere auch in ihrer Wohngemeinde, zugänglich zu machen. In den letzten Jahren hat sich die Situation bezüglich Drogenabhängiger in Bern stark verändert. Insgesamt halten sich deutlich weniger Drogenabhängige im öffentlichen Raum auf. Die meisten im Rahmen der Aktionen aufgegriffenen Abhängigen sind sowohl der Polizei als auch der Fachstelle Suchthilfe des Sozialdienstes bekannt und in einem adäquaten Hilfesetting eingebunden. Unbekannte Personen werden kaum mehr angetroffen. Im Rahmen seiner Tätigkeiten im öffentlichen Raum vermittelt zudem auch PINTO niederschwellig Hilfeleistungen an nicht oder schlecht vernetzte Drogenabhängige. Der Ausschuss Sucht hat deshalb beschlossen, auf AAV-Aktionen zukünftig zu verzichten. Der operative Kontakt zwischen Kantonspolizei und der Fachstelle Suchthilfe des Sozialdienstes soll mit geeigneten Massnahmen gepflegt werden, damit bei Bedarf auffällige Drogenabhängige, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, weiterhin abgeklärt und vermittelt werden können.

3.5.2 Citypflege / Spritzentelefon

Die Citypflege ist ein Betrieb der Stiftung Contact Netz und beseitigt Drogenabfall im öffentlichen Raum und in Grünanlagen. Sie bietet Tagesstruktur in Form von betreuten Arbeitsplätzen

sowie Testarbeitsplätze im Auftrag der Stadt Bern an. Beschäftigt werden Personen, die vom Sozialdienst der Stadt Bern finanziell unterstützt werden.

In der Berichtsperiode war die Anzahl Anrufe beim Spritzentelefon der Citypflege in etwa gleich geblieben wie in den Vorjahren und lag bei ungefähr 4 Anrufen pro Monat. Auch bezüglich der übrigen Reinigungsarbeiten kann die Situation als konstant eingestuft werden.

3.5.3 PINTO

Die Präsenzzeiten von PINTO lagen auch in diesem Berichtsjahr auf hohem Niveau. Total war PINTO 7718 Stunden im öffentlichen Raum präsent (2013: 7388 Stunden). Das Ziel, 60% der Arbeitszeit im öffentlichen Raum präsent zu sein, wurde um 3.4% übertroffen.

Im Bereich der Schadensminderung nahm die Zahl der geleisteten niederschweligen sozialen Interventionen mit 4434 gegenüber 4700 Interventionen im Vorjahr leicht ab. Der Anteil Interventionen bei drogenabhängigen Personen lag mit 821 Interventionen bei 18.5%. Dies entspricht ungefähr dem Anteil der vergangenen Jahre. PINTO traf mehr Personen mit zum Teil schweren psychischen Störungen an, die sich oft hilflos, aber auch auffällig und angstmachend im öffentlichen Raum verhielten. Die Arbeit mit diesen Menschen war sehr zeitintensiv und anspruchsvoll.

Die ordnungsdienstlichen Interventionen von PINTO nahmen in der Berichtsperiode mit total 4585 (2013: 5096) weiter ab. Die meisten Interventionen betrafen störendes Verhalten wie Littering, übermässigen Lärm, Nachtruhestörungen etc.

Die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum haben sich im Vergleich zu den Vorjahren verstärkt in die Aussenquartiere verlagert. Insbesondere auf Schul- und Grünanlagen war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die meisten Nutzungskonflikte liessen sich im Gespräch mit den beteiligten und betroffenen Personen erfolgreich bearbeiten, so dass einvernehmliche Lösungen ohne Vertreibung einzelner Gruppen gefunden werden konnten. Total wurden 1167 Stunden für Mediations- und Vermittlungstätigkeiten aufgewendet, was einer Zunahme von rund 15% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die meisten Meldungen betrafen Konflikte zwischen Jugendlichen/jungen Erwachsenen und Anwohnenden. Nur ein kleiner Teil betraf randständige Personen.

3.6 Zusammenfassend

In der Stadt Bern standen in allen vier Säulen der Suchtpolitik Angebote zur Verfügung oder wurden Massnahmen umgesetzt. Die Suchthilfeinstitutionen waren insgesamt gut bis sehr gut ausgelastet. Zu langen Wartelisten in der Beratung und Behandlung kam es jedoch nicht. Dies deutet daraufhin, dass die Angebote dem aktuellen Bedarf entsprechen.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt blieb angespannt, was insbesondere für Menschen mit geringen sozialen und finanziellen Ressourcen die Suche nach geeigneten Wohnungen schwierig macht. Die bestehenden Engpässe bei der Unterbringung von Menschen mit Suchtproblemen konnten im Berichtsjahr nicht aufgelöst werden. Hier müssen die Bestrebungen weitergeführt werden, geeignete Wohnungen und Unterbringungsmöglichkeiten mit adäquater Betreuung zu erschliessen.

4 Koordination und Projekte

4.1 Koordination

4.1.1 Koordinationsgremien Suchtpolitik

Auch im aktuellen Berichtsjahr gestaltete sich die Zusammenarbeit in den verschiedenen operativen und strategischen Sitzungsgremien zielgerichtet und effektiv. An den regelmässigen Sitzungen wurden die anstehenden Themen in konstruktiver Art und Weise bearbeitet.

4.1.2 Suchtforum

Am 3. November 2014 fand das fünfte Suchtforum der Stadt Bern zum Thema "Liberale Cannabisregulierung - regulierte Cannabisliberalisierung" statt. Gemeinderätin Franziska Teuscher wies darauf hin, dass heute in der Schweiz 400'000 bis 500'000 Personen kifften und deswegen kriminalisiert würden. Ein Pilotversuch bezüglich Cannabisregulierung könne ein erfolgsversprechender Weg sein, diese unbefriedigende Situation zu lösen. Mit Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss und Dr. med. Toni Berthel, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen, stellten zwei ausgewiesene Fachpersonen den internationalen bzw. nationalen Stand der Diskussion und die Herausforderungen in Bezug auf Cannabis vor. Die anschliessende Podiumsdiskussion rundete die Veranstaltung ab. 71 Personen aus den Bereichen Suchthilfe, Politik, Verwaltung, Forschung und weitere Interessierte nahmen am Suchtforum teil.

4.1.3 Vertretung in kantonalen und nationalen Gremien

Die Koordinationsstelle Sucht ist Mitglied der Regionalen Plattform Bern-Mittelland sowie der kantonalen Kommission für Suchtfragen und Gesundheitsförderung (SUGEKO). Seit Januar 2015 nimmt der Leiter der Fachstelle Suchthilfe des Sozialdienstes ebenfalls Einsitz in der Regionalen Plattform. Auf nationaler Ebene vertritt die Koordinationsstelle Sucht die Stadt Bern in der vom Bundesamt für Gesundheit koordinierten Städtischen Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen (SKBS). Von 2013 bis 2015 oblag der Leiterin der Koordinationsstelle Sucht das zweijährlich rotierende Präsidium der SKBS.

4.2 Projekte

4.2.1 Leitbild zur Suchtpolitik 2014 - 2018 und Massnahmenplan

Im 2014 wurden die Arbeiten zum Leitbild zur Suchtpolitik 2014 – 2018 unter Einbezug der betroffenen Verwaltungsstellen und diverser Suchthilfeinstitutionen abgeschlossen und vom Gemeinderat im August 2014 veröffentlicht.

Mit dem Leitbild zur Suchtpolitik 2014 - 2018 führt der Gemeinderat die bisherige, bewährte städtische Suchtpolitik weiter. Die Stadt Bern verfügt über eine gut funktionierende Suchtpolitik. Der Gemeinderat hält deshalb an den praxistauglichen Grundsätzen der städtischen Suchtpolitik für die kommenden fünf Jahre fest. Oberstes Ziel ist, dass die Einwohnerinnen und Einwoh-

ner der Stadt Bern mit Suchtmitteln verantwortungsbewusst umgehen können. Es gilt, einzelnen Bereichen in den nächsten fünf Jahren zusätzliches Gewicht zu verleihen, allfällige Lücken zu schliessen, die Rahmenbedingungen anzupassen oder wo nötig zu verbessern. Die Umsetzung des Massnahmenplans Suchtpolitik wurde gestartet. Nachfolgend wird über die Massnahmen 4, 5 und 7 Bericht erstattet.

4.2.2 Pilotprojekt Cannabis-Regulierung (Massnahme 4)

In Zusammenarbeit mit weiteren Städten will der Gemeinderat ein vom Bund bewilligtes Pilotprojekt im Bereich Cannabisregulierung durchführen. Dabei soll geprüft werden, welche Auswirkungen eine Cannabis-Regulierung auf das Konsumverhalten der beteiligten Personen, auf den Drogenschwarzmarkt und die Sicherheitssituation in der Stadt Bern hätte und welche finanziellen Folgen für die Stadt Bern bei einer definitiven Einführung resultieren könnten. Das Pilotprojekt ist so auszugestalten, dass der Jugendschutz sichergestellt ist und die Weitergabe von Cannabis ausserhalb des Pilotprojekts sowie eine Sogwirkung auf Auswärtige verhindert werden können.

Der Gemeinderat hat deshalb im Oktober 2014 eine Arbeitsgruppe Cannabisregulierung eingesetzt. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Gemeinderätin Franziska Teuscher hat den Auftrag, ein Pilotprojekt zum regulierten Konsum und Verkauf von Cannabis zu konkretisieren und die Koordination mit anderen Städten sicherzustellen. Die Arbeiten in der Arbeitsgruppe wurden gestartet. Ziel ist, dass bis Ende 2015 ein konkretes Konzept zur Umsetzung eines Pilotprojekts Cannabisregulierung vorliegt.

4.2.3 Berichterstattung zum Ordnungsbussenmodell in der Stadt Bern (Massnahme 5)

Gemäss revidiertem Betäubungsmittelgesetz kann Cannabiskonsum bei Erwachsenen von der Polizei mit einer Ordnungsbusse bestraft werden. Ziel dieser Neuerung war gemäss Bundesrat und Parlament, Polizei und Justiz zu entlasten sowie die Ahndung des Cannabiskonsums in der Schweiz zu vereinheitlichen. Für die Stadt Bern ist von grossem Interesse, wie das Ordnungsbussenverfahren in der Stadt Bern umgesetzt wird und welche Auswirkungen dies auf die Cannabisproblematik hat.

Die Kantonspolizei Bern spricht nur Ordnungsbussen aus, wenn die beschuldigte Person älter als 18-jährig ist, nicht mehr als 10 Gramm Cannabis auf sich trägt, nicht gegen ein anderes Gesetz verstossen hat, der unmittelbare Konsum festgestellt worden ist und die Widerhandlung durch uniformierte Polizei festgestellt worden ist.

In der Stadt Bern zeigte die Kantonspolizei im 2013 insgesamt 2'841 Straftaten wegen Besitz und/oder Konsum von Cannabisprodukten bei den Strafbehörden an und sprach in 25 Fällen eine Ordnungsbusse aus (nur von 1.10.2013 – 31.12.2013). 2014 wurden noch 2'309 Straftaten angezeigt sowie 79 Ordnungsbussen ausgesprochen, was gegenüber 2013 einer Abnahme der angezeigten und gebüssten Straftaten entspricht. Auch in der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundesamts für Statistik wurde schweizweit 2014 eine Abnahme der Straftaten bezüglich Cannabis gegenüber 2013 festgestellt, was in erster Linie auf die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zurückgeführt wird³. Hingegen scheint die Anzahl der ausgesprochenen Ordnungs-

³ Bundesamt für Statistik (2015): Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Jahresbericht 2014

bussen zwischen den Kantonen im Verhältnis zu den Einwohnerinnen und Einwohnern sehr unterschiedlich zu sein.

4.2.4 Überprüfung der städtischen Organisationsstruktur Suchtpolitik (Massnahme 7)

Bei der letzten Anpassung der städtischen Organisationsstruktur Suchtpolitik im Jahre 2007 stand die Überführung der bisherigen *Drogenpolitik* in eine *Suchtpolitik* im Vordergrund. Seit 2007 konnte bezüglich Suchtproblematik eine Stabilisierung festgestellt werden. Gemäss gemeinderätlichem Suchtleitbild überprüfte die BSS im Jahre 2014 die Suchtstrukturen und insbesondere die Angliederung der Koordinationsstelle Sucht erneut. Die Koordinationsstelle Sucht ist heute Teil des Generalsekretariats der BSS. Alternativ wurde nun eine Angliederung beim Jugendamt oder beim Sozialamt überprüft. Die Überprüfung ergab, dass an der heutigen Lösung festgehalten wird. Der Aufwand und die ausgelöste Unsicherheit hätten den zu erwartenden Nutzen einer Organisationsreform nicht gerechtfertigt. Aktuell werden Auftrag und Zusammensetzung der operativen Gefässe überprüft.

4.3 Kostenaufstellung Suchthilfeangebote

Die Suchthilfe ist gemäss Sozialhilfegesetz eine kantonale Aufgabe. Die Suchthilfeangebote in der Stadt Bern sind entsprechend mehrheitlich kantonal gesteuert und finanziert. Eine vollständige Kostenaufstellung aller Suchthilfeangebote in der Stadt Bern zu erstellen, ist nicht möglich. Die Finanzierung der einzelnen Angebote ist sehr unterschiedlich und kann nicht exakt auf die Stadt Bern aufgeschlüsselt werden. Ein Grossteil der Angebote wird direkt durch den Kanton abgegolten oder im Rahmen des Lastenausgleichs ermächtigt, andere finanzieren sich vollumfänglich oder mehrheitlich aus Krankenkassenbeiträgen. Hinzu kommt, dass viele Angebote für die Bevölkerung des ganzen Kantons Bern zugänglich sind oder wichtige Angebote nicht nur auf Suchtfragen begrenzt sind (z.B. Prävention, Beratung, Wohnen).

In der nachfolgenden Kostenzusammenstellung sind deshalb nur die effektiven Aufwendungen sowie die direkt zuweisbaren Kostenbeteiligungen der Stadt Bern der in den Bereichen Therapie und Schadensminderung abgrenzbaren Angebote in der Stadt Bern aufgelistet. Während KODA, ZAS, Anlaufstelle und La Strada durch den Kanton finanziert und gesteuert werden (Leistungsvertrag), besteht mit den Angeboten La Gare und Albatros (Betreutes Wohnen für Drogenkonsumierende) ein städtischer Leistungsvertrag, dessen Kosten im Rahmen des Lastenausgleichs von der GEF ermächtigt sind. PINTO ist vollumfänglich städtisch gesteuert und finanziert.

Angebot	2014		2013		2012	
	Aufwand	Beitrag Stadt ¹	Aufwand	Beitrag Stadt ¹	Aufwand	Beitrag Stadt ¹
KODA ²	4'455'574.00	0.00	4'558'791.00	0.00	4'670'902.55	0.00
ZAS ²	1'999'300.00	0.00	1'977'000.00	0.00	1'892'400.00	0.00
Anlaufstelle	2'186'000.00	0.00	2'171'000.00	0.00	2'147'800.00	0.00
Albatros	758'168.02	0.00	841'112.77	0.00	841'112.80	0.00
La Strada	198'500.00	0.00	199'700.00	0.00	200'400.00	0.00
PINTO	1'084'698.00	1'084'698.00	995'293.00	995'293.00	1'085'527.00	1'085'527.00
La Gare	231'995.90	0.00	216'182.55	0.00	220'288.55	0.00
Total	10'914'235.92	1'084'698.00	10'959'079.32	995'293.00	11'058'430.90	1'085'527.00

¹ d.h. direkte, nicht lastenausgleichsberechtigte städtische Beiträge. Im Rahmen des Lastenausgleichs zahlt die Stadt Bern anteilmässig auch an die Kosten von KODA, K+A, Albatros und weitere hier nicht aufgelistete Institutionen im Suchtbereich.

² wird zu 95% (KODA) bzw. kostendeckend (ZAS) durch Krankenkassenbeiträge finanziert.

5 Fazit / Ausblick

Im Suchtbereich kann die Stadt Bern einige Erfolge verzeichnen.

- So ist die Situation im Bereich der illegalen Drogen seit einigen Jahren auf tiefem Niveau stabil und gilt als stadtverträglich. Die meisten Suchthilfeeinrichtungen waren 2014 gut bis sehr gut ausgelastet. Die Nachfrage nach Hilfeleistungen konnte abgedeckt und in Notfällen konnte schnell und unbürokratisch gehandelt werden. Die Anstrengungen der verschiedenen Beteiligten in den Suchthilfeinstitutionen, in der Verwaltung, bei der Kantonspolizei und in anderen Bereichen tragen massgeblich zur stabilisierten Situation bei. Diese gute Zusammenarbeit gilt es beizubehalten.
- Sehr erfreulich ist der schweizweite Rückgang des Konsums von psychoaktiven Substanzen im Vergleich zu den Vorjahren bei den 11-15 jährigen Jugendlichen, der sich auch in der Stadt Bern bestätigt hat. Hier bleibt wichtig, die Jugendlichen in ihrem Verhalten zu bestärken, damit sie nicht zu einem späteren Zeitpunkt problematische Konsummuster entwickeln.

Gleichzeitig sieht sich die Stadt Bern mit gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert, wo Auswege aus festgefahrenen Situationen gewagt und neue Lösungen gefunden werden müssen.

- Das Rauschtrinken hat bei den jungen Erwachsenen seit 2011 wieder zugenommen. Die Anstrengungen zur Stärkung der Konsumkompetenzen einerseits sowie zur Einschränkung der (zu) leichten Erhältlichkeit von Alkohol müssen daher beibehalten oder verstärkt werden.
- Die bisherige Cannabis-Politik ist gescheitert. Soll die Prävention und Kontrolle bei Cannabis verbessert werden, sind eine Entkriminalisierung des Konsums sowie die Regulierung des Verkaufs angezeigt. Mit einem Pilotprojekt zur Cannabisregulierung können die Vor- und Nachteile eines liberaleren Regulierungsmodells geprüft werden. Ziel ist es, bis Ende 2015 ein konkretes Konzept zur Umsetzung eines Pilotprojekts Cannabisregulierung vorzulegen.